

à propos



Das
Friedensmagazin
von KOFF

Schrumpfender Handlungspielraum für die Zivilgesellschaft: Ein Balanceakt

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

editorial

Das Schwinden des zivilgesellschaftlichen Raumes ist bereits seit einem Jahrzehnt ein Thema, doch in jüngster Zeit berichten KOFF-Organisationen und ihre Partner:innen über eine verstärkte Einschränkung ihres Handlungsspielraums. So wurden beispielsweise die COVID-19-Pandemie und die daraus resultierenden gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung des Virus zum Vorwand genommen, um die Bürger:innenrechte weiter einzuschränken.

In zunehmend autokratischen Staaten sind Organisationen der Entwicklungshilfe, der humanitären Hilfe, der Menschenrechte und der Friedensförderung je nach ihren Kernaktivitäten und dem politischen Umfeld, in welchem sie arbeiten, unterschiedlichen Risiken und Hindernissen ausgesetzt. Das allgemeine Muster ist jedoch einheitlich: Diese Organisationen müssen ein Gleichgewicht finden zwischen der Überwindung von Restriktionen und Bedrohungen und der Fortsetzung ihrer Aktivitäten und dem Einbringen ihrer Forderungen.

In dieser Ausgabe erfahren Sie, wie KOFF-Organisationen und ihre Partner:innen in einem feindlichen Umfeld agieren – von der Bildung neuer Räume für die Zivilgesellschaft hin zur Erhaltung und Verteidigung bestehender Räume.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner:innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor:innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.

schwerpunkt

Schrumpfende zivilgesellschaftliche Handlungsräume in Kriegszeiten



FrauenFriedensTisch im September 2021. PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)

In Zeiten von Krieg ist das Verlassen des Hauses, um zum Briefkasten oder in die Bäckerei zu gehen, gefährlich. Es gibt keine Sicherheit, auch nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft. Der Ukrainekrieg zeigt dies deutlich. Auch wo kein offener Krieg herrscht: Zunehmend werden friedenspolitische engagierte NGOs und kritische Medien in ihrer Rede- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, aus dem öffentlichen Raum verdrängt, unsichtbar und sprachlos gemacht.

Die Bewegungsfreiheit ist ein wichtiges Gut, sie ist notwendig für Austausch und Vernetzung. Ihre Einschränkung und Kriminalisierung trifft das soziale Gefüge in seinem Innersten und schwächt die zivilen Kräfte massiv. In der Friedens- und Menschenrechtsarbeit ist das Thema angekommen, der politische Widerstand ist deutlich sichtbar, gerade der Begriff Menschenrechtsverteidiger:innen hat sich in den letzten Jahren etabliert als Markstein für die Darstellung von Menschenrechtsverletzungen. Das ist aber nicht genug. Viele Leute werden in ihrem Alltag massiv eingeschränkt und ihren Ressourcen beraubt. Raum für Einkäufe, Gesundheitschecks und Kontakte sind aufgrund des enormen Risikos, Ziel von Angriffen zu werden, limitiert. Doch weil diese Menschen kaum im Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit sind, bleiben ihre Stimmen meist ungehört.

Was also verbirgt sich hinter dem Phänomen «shrinking civil space» und wohin führt dieser Trend, auch in friedlicheren Zeiten?

Die Bedeutung von zivilem öffentlichem Raum ist kontextabhängig, vage und vielfältig, je nach Rollen der Menschen in der Gesellschaft, nach Alltagsbedingungen, nach wirtschaftlichen Möglichkeiten. Daraus ergibt sich die Frage, wie und wer eingeschränkt wird und welche Gefahren durch das Überqueren von Grenzen bestehen. Die Einschränkungen sind zudem immer auch Ausdruck der herrschenden Machtverhältnisse, des Zustands demokratischer Strukturen.

Folgenreiche Einschränkungen

Einschränkungen in zivilen öffentlichen Räumen haben finanzielle, rechtliche, administrative und soziale Folgen. Sie bewirken psychische Trauma und kulturelle Brüche, sie unterwandern Netzwerke, die gerade für Frauen oft zentral sind, wenn sie ihren erwarteten Pflichten nachkommen sollen. So zeigt sich heute in der Ukraine, wie wichtig die Besuche von Freiwilligen sind, die unter Lebensgefahr zu Frauen gehen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, da sie wegen Sorgepflicht gegenüber ihren Nächsten an ihren Ort gebunden sind.

Mit der Unterstützung des Netzwerkes von FriedensFrauen Weltweit gelingt es Freiwilligen, Nothilfe zu leisten: Trinkwasser, Nahrungsmittel, Generatoren für Elektrizität oder Medikamente zu besorgen und verteilen. Der eingeschränkte Zugang nach draussen – zum Kaffeehaus oder Laden – erschwert den Kontakt zu anderen Menschen. Viele Betroffene leiden unter Einsamkeit, die Besuche der Nothilfe leistenden Freiwilligen ist oft der einzige Kontakt zur Aussenwelt.

Die Bevölkerung wird ins Schweigen verbannt. Die Räume für Austausch, wo Meinungsvielfalt zur Geltung käme, verschliessen sich. Diese Einschränkungen sind Ausdruck eines Machtmissbrauchs, eine Missachtung der menschlichen Würde mit nachhaltiger gesellschaftlicher Wirkung. Sie prägen die kulturellen Muster, die sozialen Beziehungen, das Denken und Handeln der Menschen schlechthin.

Eine Frau aus Luhansk sagte uns an einem der FrauenFriedensTische im September 2021, Gewalt, Missbrauch, Ausschluss seien Erfahrungen, die sich in ihren Köpfen verankert hätten. Ihre Kultur sei eine der Angst – eine Quelle von Misstrauen und Rückzug in die eigene Gedankenwelt. Sie verlieren ihr Recht auf Grundversorgung, aber auch auf sozialen

Austausch.

Es ist das soziale dynamische Gefüge in unscheinbaren Räumen des Alltags, das von den Einschränkungen langfristig unterwandert wird. Diese Menschen werden – auch aus Angst als Verräter:innen disqualifiziert zu werden – zum Schweigen gebracht, nicht nur von Sicherheitskräften, auch von Nachbar:innen, Ladenbesitzer:innen, Familienmitgliedern.

Zugängliche Räume schaffen

Für uns sind solche Veränderungen schwer nachzuvollziehen, auch wenn wir darüber lesen, wenn sich die Zivilgesellschaft politisch dagegen engagiert, Demonstrationen organisiert, mit Resolutionen Druck «nach oben» ausübt, wenn unsere Parlamentarier:innen politische Vorstösse Einfluss üben. Dies gilt für viele von Gewalt gekennzeichnete Kontexte. Wir hören einzelnen Menschenrechtsaktivist:innen zu, empören uns. Dennoch, die Menschenrechtsverletzungen, welche die zivile Bevölkerung in umkämpften Regionen erlebt, bleiben oft unsichtbar, ungehört.

Als FriedensFrauen Weltweit sehen wir uns in der Pflicht, Räume zu öffnen, damit die unspektakulären Geschichten und Erfahrungen von Frauen in der umkämpften Region ans Licht kommen, damit ihre Stimmen gehört werden. Sie sind wichtige Zeuginnen der Grundrechtsverletzungen und ihren Folgen und es sind diese «kleinen» Geschichten, die für die Programme des Wiederaufbaus oder der Reparationen unerlässlich sind. Die vielfältigen Beschreibungen der Frauen, wie sie ihren Alltag meistern, das Engagement der vielen Netzwerke müssen gehört, gebündelt, geteilt werden. Es braucht alle Mittel, um den Raum für soziale Netze, nachbarschaftliche Solidarität und Austausch wieder zugänglich zu machen. Gerade für Frauen ist diese Forderung besonders zentral und das ist unsere Aufgabe.

Gleichzeitig sind wir aber selbst gefordert, auch in der Schweiz die Einschränkungen des öffentlichen Räumens wahrzunehmen und zu bekämpfen. (Video-) Überwachungen, Benutzungsordnungen für öffentliche Räume, Demonstrationsverbote, Wegweisungs- und Fernhaltungsverfügungen können einschneidende Massnahmen sein, welche Grundrechte von «abweichenden Individuen» einschränken.

In demokratischen Gesellschaften besteht immerhin die Möglichkeit, sich gegen solche Massnahmen auszusprechen, ohne viel zu riskieren. Der Trend ist aber auch in der Schweiz sichtbar: Die Sicherheitsindustrie wächst. Was in Kriegszeiten geschieht, ist die totale Zuspitzung, die umfassende Beschneidung der Rechte aller im öffentlichen, zivilen Raum. Dagegen wehren wir uns, auch mit den Stimmen der Frauen in der östlichen Ukraine.

[FriedensFrauen Weltweit \(PWAG\)](#)

Annemarie Sancar

Annemarie.Sancar@1000peacewomen.org

Programm- und Netzwerkverantwortliche

[links](#)

- [PeaceWomen Accross the Globe \(PWAG\)](#)

dossier

Kolumbien - Vorschläge der Zivilgesellschaft



Gemeinschaft San Isidro in Caquetá, Kolumbien. Fastenaktion

In Kolumbien verringern sich die Möglichkeiten der Bevölkerung, sich aktiv an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Die Demokratie schrumpft. Aber die Zivilgesellschaft hat wichtige Forderungen zu stellen. Von den 2016 unterzeichneten Friedensabkommen mit den FARC wurden bis jetzt nur 30 % umgesetzt. Die Gewalt breitet sich wie ein Ölfleck auf dem Wasser aus, und die Straflosigkeit hat unfassbare 90 % erreicht.

Mit dem Verfassungsgerichtsentscheid von 2018, welcher die Volksbefragungen zum Schutz der Umwelt für ungültig erklärte, wurde ein Beteiligungsmechanismus abgeschafft, der verbindlich erschien. Damit verschwand ein wichtiger Raum, in dem sich die Bevölkerung «für die Erhaltung und Pflege des Lebens» aussprechen konnte. Die Konsultation in Cajamarca, bei der die Bevölkerung gegen ein Bergbauprojekt gestimmt hatte, war ein Meilenstein in dieser Hinsicht. Der Entscheid des Gerichtshofs hat aber leider zur Annulation dieses demokratischen Wegs und zur Missachtung des Bevölkerungsvotums geführt.

Nicht nur werden die Räume für Partizipation kleiner – das Risiko für Menschen, die sich zu Wort melden, Forderungen stellen, und sich für den Frieden einsetzen, wird grösser. Sie leben in Angst, werden bedroht, eingeschüchtert, und viele schliesslich ermordet. Laut Indepaz wurden im Jahr 2021 (Stand: 31. Dez.) 171 Führungspersonen der Zivilgesellschaft

und 48 Unterzeichner:innen des Friedensabkommens ermordet und 96 Massaker mit 338 Opfern verübt. Im Jahr 2022 gab es bereits 36 Massaker mit 133 Opfern.

Dennoch hat die kolumbianische Bevölkerung weiterhin nach Möglichkeiten gesucht, ihre Interessen und Anliegen auszudrücken. So kam es am 28. April 2021 zu einem landesweiten Streik, der acht Wochen lang dauerte und mehr als 100 Bewegungen, Gewerkschaften, Kollektive, Organisationen, Plattformen und Gemeinschaften zusammenbrachte, um die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Situation zum Ausdruck zu bringen und Grund- und Umweltrechte einzufordern. Zehntausende von Menschen, insbesondere die Jugend, gingen auf die Strasse.

Umweltorganisationen (denen sich auch SIEMBRA, CENSAT und andere Partnerorganisationen von Fastenaktion anschlossen) stellten während des Streiks acht Hauptforderungen:

1. Schutz des Lebens und der Integrität der Umweltschützer:innen.
2. Achtung der freien, vorgängigen und auf Kenntnis der Sachlage gründenden Konsultation und der Volksbefragung als rechtmässige und legitime Mechanismen für die Beteiligung, territoriale Autonomie und Entscheidungsfindung der Gemeinschaften über das Schicksal ihrer Gebiete.
3. Verbot des Versprühens von Glyphosat.
4. Stopp der Entwaldung, vornehmlich im Amazonasgebiet.
5. Ausrufung eines Moratoriums für Mega-Bergbauprojekte, einschliesslich desjenigen in Cajamarca.
6. Verbot des Frackings.
7. Gewährleistung des integralen Schutzes des Wassers als Gemeingut.
8. Deeskalation bei bestehenden Megaprojekten in den Bereichen Wasserkraft, Tourismus, Schifffahrt, Häfen und Infrastruktur.

150 Organisationen und Bewegungen versuchen, den Raum für Partizipation zu sichern und arbeiten an einer Initiative für ein Gesetz (Umweltdemokratiegesetz), mit dem die Mitbestimmung bei der Rohstoffgewinnung garantiert würde. Dieser Gesetzesentwurf umfasst 58 Artikel, die einen verbindlichen Rahmen für die Mitbestimmung der Bevölkerung bei Anträgen zur Erkundung und Nutzung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen schaffen sollen. Am 22. Juli 2021 wurde der Gesetzesentwurf, mit der Unterschrift von 40 Abgeordneten dem Repräsentantenhaus vorgelegt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Ob die Regierung der Initiative Folge leisten wird, ist fraglich.

Fastenaktion

Alicia Medina

medina@fastenaktion.ch

Programverantwortliche

links

- [Fastenaktion](#)
- [Censat](#)
- [Umweltdemokratiegesetz 1.1: 'Así nació la Ley de Democracia Ambiental' \(spa\)](#)
- [Umweltdemokratiegesetz 1.2: 'De esta manera el Gobierno impone el extractivismo' \(spa\)](#)
- [Umweltdemokratiegesetz 2: 'El ABC de la Ley de Democracia Ambiental' \(spa\)](#)
- [Umweltdemokratiegesetz 3: 'Las votaciones que se quieren robar' \(spa\)](#)
- [Umweltdemokratiegesetz 4: 'Guardianes de los territorios llegaron al Congreso' \(spa\)](#)

dossier

Serbien – Verteidigung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums in einem «vereinnahmten Staat»



Ökologischer Aufstand, Belgrad, September 2021. Gorana Srdanov, Nova.rs/Helvetas

Serbien wird oft als «captured state» (vereinnahmter Staat) bezeichnet. Dies äussert sich als System tiefgreifender und weit verbreiteter Korruption, in welchem Institutionen missbraucht werden. So geraten öffentliche Mittel zulasten der Rechte und der Freiheit der Bürger:innen sowie des öffentlichen Interesses unter dem Deckmantel der Demokratie, wo demokratische Institutionen und Freiheiten nur formell existieren, in die Hände von Privaten.

Die Abschottung der Institutionen von Petitionen, Bürgerinitiativen und Bürgeraktionen hat die Zivilgesellschaft ins Abseits gedrängt. Angriffe auf Aktivist:innen, vor allem auf lokaler Ebene, halten die Bürger:innen davon ab, sich aktiver an der Lösung der Probleme ihrer Gemeinschaft zu beteiligen.

In den vergangenen zwei Jahren wurden Umweltaktivist:innen zunehmend unter Druck gesetzt und angegriffen. Ende 2021 kam es als Reaktion auf akute gesellschaftliche Probleme, die vor allem lokale Gemeinschaften und ihr Umfeld betreffen, zu einer Welle von Bürgerprotesten in ganz Serbien. Das grösste Potenzial für den Widerstand gegen die staatliche Kontrolle besteht bei Umweltbewegungen. Menschen, die in von Landraub betroffenen Regionen leben, müssen ihren Lebensraum Investoren gegenüber verteidigen, die vom Staat trotz der tatsächlichen und potenziellen katastrophalen Konsequenzen ihrer Unternehmung unterstützt werden.

Der Staat reagierte prompt auf die Proteste: Mithilfe des intelligenten Massenüberwachungssystems in Belgrad wurden viele Demonstrant:innen identifiziert und widerrechtlich für ihr Demonstrieren gebüsst. Die Technologie der Polizei stellt eine Behinderung der Demokratie dar und greift extrem in das Privatleben der Zivilbevölkerung ein – mit potenziell drastischen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Freiheit.

Helvetas Swiss Intercooperation verfolgt in Zusammenarbeit mit der lokalen ZGO «Civic Initiatives» mehrere Strategien zur Unterstützung der serbischen Zivilgesellschaft im Rahmen des vom EDA finanzierten Projekts «ACT – For an active civil society together (2019-2023)» (ACT – für eine gemeinsam aktive Zivilgesellschaft):

- Aufbau organisatorischer Kapazitäten von ZGOs mittels eines eigens entwickelten Programms für den Kapazitätsaufbau. Ein wichtiger Bestandteil dieses Programms ist die Stärkung der Beziehung zwischen ZGOs und ihrer Befürworter:innen, um das Verständnis und die Unterstützung für die Arbeit der ZGOs seitens der Zivilbevölkerung zu fördern.
- Ausbau der Beteiligung von ZGOs an Netzwerken und Allianzen mit dem Ziel, ihre Stimmen und Kräfte in Bündnissen rund um die Anliegen zugunsten ihrer Befürworter:innen zu vereinen und so mehr Einfluss auf die öffentliche Politik und Entscheidungsfindung zu gewinnen. Die Basis dafür bilden kollegiales Lernen und Austausch sowie gemeinsame Aktionen und Trainings.

[Helvetas](#)

Gorana Radovanovic

Gorana.Radovanovic@helvetas.org

National Team Leader ad-interim

[links](#)

- [Helvetas](#)

- [Open Society European Policy Institute \(2018\) "When Law Doesn't Rule: State Capture of the Judiciary, Prosecution, and Police in Serbia"](#)
- [Belgrade Centre for Security Policy \(2022\) \(Un\)erwünschter Partner - Diskursanalyse über die Zivilgesellschaft in der Funktion des gefangenen Staates \(sr\)](#)
- [Stiftung Share "Total surveillance law proposed in Serbia" \(en\)](#)
- [DEZA-finanziertes Projekt ACT "For an active civil society together \(2019 -2023\)" \(en\)](#)

dossier

Soufra Cafeteria: Ein gastgeberischer Raum für die Zivilgesellschaft



Die Soufra Cafeteria ist ein Raum für die Zivilgesellschaft und die Frauen im Flüchtlingscamp Burj el Barajneh im Libanon. Cuisines sans frontières (Csf)

Der Libanon leidet seit mehr als zwei Jahren unter einer massiven wirtschaftlichen und politischen Krise. Im Frühjahr 2020 hat sich zusätzlich die Covid-Pandemie ausgebreitet und die Menschen im ganzen Land schwer getroffen. Es folgten die gravierende Explosion im Hafen Beiruts und die seither anhaltenden soziopolitischen Unruhen. Als Konsequenz des Krieges in der Ukraine steigen aktuell die Preise von Grundnahrungsmitteln, Medikamenten, Benzin etc. rasant an.

Es liegt auf der Hand, dass diese jüngsten Entwicklungen bereits belastete vulnerable Gemeinschaften wie die Menschen im Flüchtlingscamp Burj el Barajneh zusätzlich belasten. Spannungen und Ängste nehmen zu, was schwerwiegende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und das psychosoziale Wohlbefinden hat. Insbesondere Frauen in den Camps berichten über zunehmende Belästigung und Gewalt sowie das schwindende Sicherheitsgefühl, wenn sie abends auf die Strasse gehen.

In diesem Kontext hat Cuisine sans frontières (Csf) im Burj el Barajneh Camp im Süden der libanesischen Stadt Beirut die Soufra Cafeteria aufgebaut. Sie ist der erste und einzige Ort,

wo sich Frauen im Camp ausserhalb ihrer beengten Wohnverhältnisse treffen können. Gleichzeitig ist die Cafeteria auch Arbeitgeberin für die Frauen des Soufra Caterings. Dieses ist der Cafeteria angegliedert und versorgt die Gäst:innen mit Snacks und Getränken. Aufgrund der anhaltenden Krise läuft der Restaurant-Betrieb jedoch nicht wie ursprünglich geplant: Die wirtschaftliche Lage verunmöglicht es den meisten Frauen, für Verpflegung in einer Cafeteria zu bezahlen. Aktuell finden daher regelmässig subventionierte Anlässe für Frauen und teils auch deren Familien statt. Niederschwellige Aktivitäten für unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen werden angeboten.

Die Cafeteria wird für Workshops an NGOs vermietet. Das Catering beliefert aus der neuen Küche die Workshops in der Cafeteria sowie hin und wieder auch externe Kundschaft – z.B. wenn eine Hochzeit oder ein runder Geburtstag im Camp gefeiert wird.

Das seit 1948 bestehende Burj el Barajneh Camp bildet innerhalb der libanesischen Gesellschaft eine eigene Gemeinschaft mit ihren eigenen Regeln. Diese sind teilweise zum Vor-, aber auch zum Nachteil ihrer Mitglieder und dort tätiger Organisationen wie Csf. Die libanesische Gesetzgebung und Regierungszusammensetzung geben kaum Orientierung oder Vorgaben für die Umsetzung von Projekten im Camp. Die Regierung ist nur minimal präsent. Diese Absenz bietet Raum für zivilgesellschaftliches Engagement – ein Raum, der eingenommen und gehalten werden kann. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass das Zusammenleben der Camp-Gemeinschaft von internen Regeln und Hierarchien geprägt ist, welche für Aussenstehende oft nur schwer erkennbar sind. Jedes zivilgesellschaftliche Engagement muss darum immer auch in der lokalen Gesellschaft verankert sein. Im Falle der Soufra Cafeteria war es Mariam Shaar, die Leiterin der lokalen Partnerorganisation, die genau wusste, wann sie wen in die Projektentwicklung einbinden musste. So hat sie erreicht, dass dieser gastgeberische Raum für die Frauen, eine vulnerable Gruppe im Camp, besetzt und gehalten werden konnte.

[Cuisines sans frontières \(Csf\)](#)

Anna Hofmann

anna.hofmann@cuisinesansfrontieres.ch

Geschäftsleiterin

links

- [Cuisines sans frontières \(Csf\)](#)

dossier

Wege aus der Schock-Starre: was können wir tun?



Nationaler Streik am 28. April 2021 in Bogotá, Kolumbien. Byron Jimenez/Unsplash

In Lateinamerika wurde der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zunehmend durch Einschüchterung, Schikanen und Kriminalisierung eingeschränkt. Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen sind hohen Risiken ausgesetzt und erleben häufig Gewalt. Auf Demonstrationen antworten Staaten mit Repression und Polizeigewalt. Feminist:innen, Indigene und Umweltschützer:innen sowie Jugend- und Gewerkschaftsführer:innen sind besonders gefährdet. Allein in Kolumbien und Brasilien wurden letztes Jahr Hunderte von sozialen Aktivist:innen ermordet.

Während der Covid-19 Pandemie wurden in vielen der Programmländer von terre des hommes Schweiz Lockdowns zur Verstärkung undemokratischer Tendenzen missbraucht. Bürgerrechte wie die Versammlungsfreiheit wurden ausser Kraft gesetzt. Autoritäre Tendenzen nahmen zu. Es kam eine schleichenden Verschärfung der Kontrolle: In vielen Ländern wurden NGO-Gesetze erlassen, welche bürokratische und administrative Anforderungen für NGOs erhöhen. Der grosse Aufwand, den bürokratische Anforderungen gerecht zu werden, bindet viele Zeitressourcen und Energie. Gezielte Verleumdungskampagnen in den Medien sind eine weitere Strategie zur Einschüchterung der Zivilgesellschaft, insbesondere Soziale Medien sind ein effizientes Instrument dafür.

Mitglieder von NGOs werden als “bezahlte politische Aktivist:innen” oder “feindliche Agent:innen” bezeichnet. Wenn zusätzlich Proteste gewaltsam niedergeschlagen werden und mit massenhaften Inhaftierungen einhergehen, wie beispielsweise während des letztjährigen monatelangen Generalstreiks in Kolumbien, entsteht ein Klima der Angst, welches das Engagement der Zivilgesellschaft beeinträchtigt.

Wie müssen wir unsere Programme anpassen?

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es zentral, dass internationale NGOs ihre Netzwerke und ihren Einfluss nutzen, um sich für ihre Partnerorganisationen einzusetzen, die hohen Sicherheitsrisiken und Einschüchterungen ausgesetzt sind. terre des hommes schweiz passt ihre Programme an, indem sie Unterstützungsfonds von rechtlicher Notfallberatung entwickelt und Weiterbildungen zu Sicherheitsplänen und Risikoanalysen priorisiert. Auch Programme für psychosoziale Unterstützung von Aktivist:innen und Basisorganisationen sind sehr wichtig, um nicht durch Angst und Verunsicherung gelähmt und handlungsunfähig zu werden. In Zeiten von Instabilität und Bedrohung für Organisationen der Zivilgesellschaft werden Prinzipien der langfristigen Partnerschaften und Grundfinanzierung der Organisationen wichtiger denn je. Gerade die Diffamierung von NGO-Arbeit im öffentlichen Diskurs fordert uns heraus, mehr zu investieren in klare und einfach zugängliche Kommunikation über die Rolle von Zivilgesellschaft als wichtige Pfeiler einer demokratischen und friedlichen Gesellschaft. Denn wenn eine breite Öffentlichkeit die Bedeutung der Arbeit von NGOs versteht, stossen Strategien von Diffamierung und Delegitimierung ins Leere. Dabei geht es mehr darum, proaktiv ein kraftvolles Gegen-Erzählungen zu schaffen, als lediglich auf Anfeindungen zu reagieren.

Als internationale NGOs sind wir ausserdem gefordert unsere Vernetzung mit anderen Organisationen zu stärken, die in einem spezifischen Kontext tätig sind. Gemeinsame Analysen und koordinierte Advocacy Strategien sind wichtige Ansätze, um Kräfte zu bündeln und realistische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. NGO-Plattformen wie KOFF und länderspezifische Austauschformate haben hier eine strategische Bedeutung.

[terre des hommes schweiz](#)

Andrea Zellhuber

andrea.zellhuber@terredeshommes.ch

Themenverantwortliche Gewaltprävention

links

- [terre des hommes schweiz](#)
- [Americas - Civicus Monitor 2022](#)

erfahren sie mehr darüber

Advocacy – Brücke zwischen Aktivist:innen und internationaler Gemeinschaft

Der indonesische Anwalt Septi Meidodga übergibt einen Bericht an Surya Deva, Mitglied der UN-Arbeitsgruppe Menschenrechte und transnationale Unternehmen. PBI

Seit einigen Jahren stellen wir mit Besorgnis fest, dass der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum in zahlreichen Ländern wie Guatemala, Honduras, Nicaragua, Kolumbien, Mexiko, Kenia oder auch Indonesien zunehmend von Einschränkungen betroffen ist. Die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger:innen bewegen sich mit zahlreichen Überfällen, Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagnen und schlimmstenfalls sogar Mord auf einem alarmierenden Niveau. 2021 verzeichnete Front Line Defenders 358 Morde an Menschenrechtsverteidiger:innen, davon 138 in Kolumbien.

In dieser kritischen Situation wird die Advocacy-Arbeit von internationalen NGOs für Menschenrechte wie Peace Brigades International (PBI) zur Notwendigkeit. Tatsächlich ist das Ziel dieser Arbeit der Schutz und die Erweiterung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums durch den Brückenschlag zwischen Menschenrechtsverteidiger:innen und der internationalen Gemeinschaft.

Daher trifft PBI sich regelmässig mit Vertreter:innen verschiedener Regierungen sowie Mitglieder internationaler Organisationen wie etwa der UNO, um sie für solche Angriffe auf Aktivist:innen zu sensibilisieren. PBI verlangt von diesen konkrete Massnahmen gegen die Angriffe, wie etwa öffentliche Stellungnahmen, Treffen mit dem diplomatischen Korps vor Ort oder auch die Anbahnung eines Dialogs mit den lokalen Behörden. Auf diesem Weg kann die internationale Gemeinschaft Solidarität mit der Zivilgesellschaft beweisen und mit der Forderung nach mehr Schutz für Menschenrechtsverteidiger:innen Druck auf die lokalen Regierungen ausüben. Infolge Advocacy-Kampagnen durch internationale Organisationen besuchten UNO-Expert:innen beispielsweise den guatemaltekischen Menschenrechtsverteidiger Bernardo Caal Xol im Gefängnis und prangerten seine Kriminalisierung mehrfach an. Kürzlich wurde der Aktivist nach über vier Jahren Haft freigelassen.

Internationale NGOs können ausserdem Aktivist:innen zu internationalen Reisen einladen, um persönlich an internationalen Foren teilzunehmen und Vertreter:innen der internationalen Gemeinschaft kennenzulernen.

Durch diese Advocacy-Arbeit wird die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte schwere Menschenrechtskrisen gelenkt, die nicht immer ein grosses Medienecho erhalten. Zudem erinnert sie die internationale Gemeinschaft an ihre Verantwortung zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte durch den Schutz des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums. Und schliesslich ermöglicht sie den Menschenrechtsverteidiger:innen, ihr Unterstützungsnetzwerk durch das Knüpfen direkter Kontakte mit den Vertreter:innen der internationalen Gemeinschaft zu stärken.

Auch die internationalen NGOs, die sich in ihren jeweiligen Einsatzländern mit Advocacy-Aktivitäten gegen die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums einsetzen, sehen sich bei ihrer Arbeit zunehmend mit Hindernissen konfrontiert. Seit mehreren Jahren prangern sie die chronische Unterfinanzierung des UNO-Pfeilers für den Schutz der Menschenrechte sowie die Auswirkungen der infolge der COVID-19-Pandemie verhängten Gesundheitsmassnahmen an. Aufgrund dieser Situation wurden die Möglichkeiten zur Teilnahme der Zivilgesellschaft an strategischen internationalen Konferenzen eingeschränkt, wie etwa am Menschenrechtsrat in Genf – dem wichtigsten intergouvernementalen Organ der UNO mit der Aufgabe, die Menschenrechte auf der ganzen Welt zu schützen und zu fördern.

Angesichts der zunehmenden Belastungen und Angriffe mit dem Ziel, den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken, braucht es zwingend eine resolute und koordinierte Reaktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in der Schweiz als auch im Ausland.

[Peace Brigades International \(PBI\) Schweiz](#)

Kim-Mai Vu

kim-mai.vu@peacebrigades.ch

Koordinatorin Advocacy

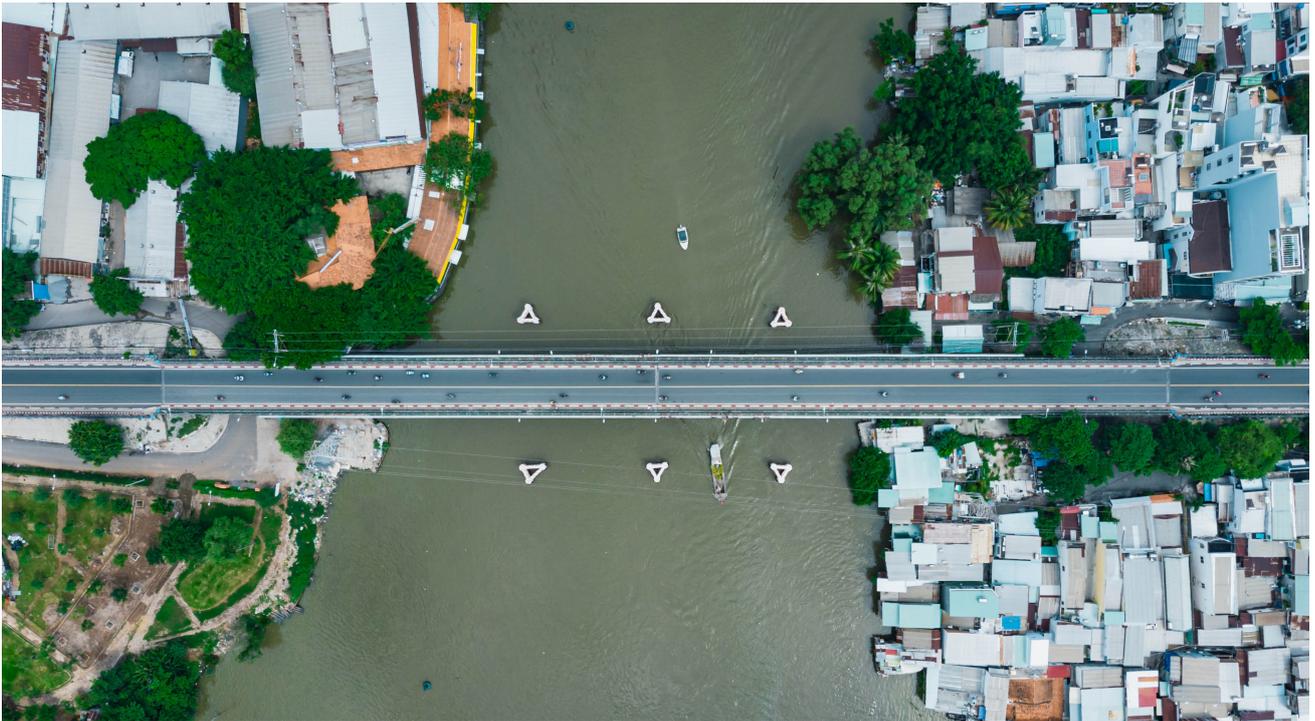
[links](#)

- [Peace Brigades International \(PBI\) Schweiz](#)

- [Globale Analyse von Front Line Defenders \(en\)](#)
- [UN-Bericht: "Guatemala: Stop treating indigenous human rights defenders like criminals
– UN experts" \(en\)](#)

aktuell

Bewerben Sie sich für ein CAS in Friedensförderung!



Möchten Sie Ihr theoretisches und praktisches Wissen in Ihrem Arbeitsbereich der Friedensförderung, der humanitären Arbeit, der internationalen Beziehungen oder der Wirtschaft in fragilen Kontexten erweitern? Ihr Netzwerk ausbauen, sich mit Kolleg:innen aus der Friedensförderung austauschen? Unsere Weiterbildungsprogramme finden im Kulturzentrum kHaus in Basel oder in einem virtuellen Format statt und werden von führenden Expert:innen in englischer Sprache durchgeführt.

- **September 2022 – Oktober 2023: CAS RELIGION, PEACE & CONFLICT** — The Certificate of Advanced Studies (CAS) Religion, Peace & Conflict explores different aspects of religion with regard to peace and conflict. The program looks at the roles religion may play in peace and conflict, the relation between religion and the state, trends of radicalization, and various case studies.
- **September 2022 – Oktober 2023: CAS PEACEBUILDING ESSENTIALS** — The Certificate of Advanced Studies (CAS) Peacebuilding Essentials is designed for practitioners and academics interested in bridging their own experiences with current conceptual insights and practical knowledge on peacebuilding.

[links](#)

agenda

Events

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF MEMBER NEWS SEITE](#).

FACHSYMPOSIUM UND ÖFFENTLICHE PODIUMSDISKUSSION

FriedensFrauen Weltweit

“Demilitarisation And Disarmament: Feminist Perspectives On Peace Cultures And Genuine Security”

23. – 24. Juni 2022, 18.15 – 20.30 Uhr an der Universität Bern

Die Veranstaltung mit Expertinnen und Aktivistinnen aus Europa, dem Kosovo, dem Libanon und der Ukraine befasst sich mit der Wechselwirkung von Krieg, Wirtschaft und Klima sowie mit den Auswirkungen des Militarismus auf die Psyche der Menschen. Die Podiumsteilnehmerinnen werden eine genderperspektive auf Konflikte und Kriege einnehmen.

Die erste Ausgabe des Magazins “Feminists Connecting for Peace”, in dem Aktivistinnen des Netzwerks von FriedensFrauen Weltweit ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen, wird vorgestellt.

[Details und Anmeldung](#) bis 20. Juni 2022

EXTRAKTIVISMUS UND MENSCHENRECHTE: INDIGENE GEMEINSCHAFTEN IM WIDERSTAND IN GUATEMALA UND HONDURAS

Guatemala-Netz Zürich, in Zusammenarbeit mit Honduras Forum Schweiz, PBI Schweiz und der Plataforma Internacional contra la Impunidad

23. Juni 2022, 19:00 in Hirschengraben 50, Haus h50 8001 Zürich

Die Veranstaltung befasst sich mit den negativen Folgen der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen auf die Menschenrechte, mit Gäst:innen aus Honduras und Guatemala.

Am 23.06. um 18.30 Uhr wird auch in Bern eine Veranstaltung zum gleichen Thema mit Menschenrechtsverteidiger:innen aus Guatemala und Honduras stattfinden, die mit derselben Delegation zu Besuch in der Schweiz sind.

Referent:innen:

- **Rigoberto Juarez**, Vertreter der indigenen Gemeinschaft Q’anjob’al, Guatemala
- **Dilma Consuelo Soto**, Menschenrechtsverteidigerin des indigenen Volkes Tolupán, Honduras
- **Audely Gutiérrez Vásquez**, Menschenrechtsverteidigerin des indigenen Volkes Lenca, Honduras

[Details und Anmeldung](#)

ILANZER SOMMER FESTIVAL

Forum für Friedenskultur

7. – 13. August in Ilanz

Auch dieses Jahr soll in Ilanz wieder ein Ort für Dialog und Begegnung geschaffen werden. Es sind rund dreissig Veranstaltungen zum Thema Friedenskultur geplant.

Programm

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF
Kontakt	kHaus, Kasernenhof 8, 4058 Basel, Schweiz Tel.: +41 61 551 56 56
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Chiara Lanfranchi
Übersetzung	Übersetzergruppe Zürich, Apostroph Group
Bildmaterial	CC BY-NC-SA 2.0 von Pascal Rey Photographies

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	HEKS	Swiss Academy for
Alliance Sud	HELVETAS Swiss Int.	Development
APRED	IAMANEH Schweiz	SWISSAID
artasfoundation	IFOR-Schweiz	Terre des Femmes Schweiz
BAHA'I	Interpeace	terre des hommes schweiz
Brücke · Le pont	Luzerner Initiative für Frieden	
Caux - Initiativen	und Sicherheit (LIPS)	
der Veränderung	medico international schweiz	
cfid	mission 21	
Coexistances	miva Schweiz - transportiert	
DCAF	Hilfe	
Eirene Schweiz	Peace Watch Switzerland	
Fastenopfer	Peace Brigades International	
Fondation Hirondelle	Peace Nexus Foundation	
FriedensFrauen Weltweit	Quaker United Nations Office	
Frauen für den Frieden	Schweizerischer Friedensrat	
Schweiz	Schweizerisches Rotes Kreuz	
Graines de Paix	SCI Schweiz	
Green Cross Schweiz	SOS Kinderdorf	
GSoA		